

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Subventionen - Bundeshaushalt - Wirtschaftsgipfel - EG - Handelsliberalisierung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1982) : Kurz kommentiert: Subventionen - Bundeshaushalt - Wirtschaftsgipfel - EG - Handelsliberalisierung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 6, pp. 265-266

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135685>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

sind diese in bezug auf die internen wirtschaftspolitischen Probleme der beteiligten Industrieländer. Die Gemeinsamkeiten gehen hier nicht weit über die Zielvorstellung hinaus, daß Wachstum und Beschäftigung gestärkt werden müssen. Immerhin wird noch der These zugestimmt, daß eine Voraussetzung hierfür die erfolgreiche Bekämpfung der Inflation sei; mit dem Argument, daß auf diese Weise auch die hohen Zinssätze gesenkt werden, wurde die europäische Kritik am hohen Zinsniveau von den USA abgefangen. Doch über die Frage, welches die geeigneten Mittel sind, um die Ziele zu realisieren, schweigt sich das Kommuniqué aus.

Hinter der gemeinsamen Erklärung ist deutlich die anhaltende Divergenz in den wirtschaftspolitischen Auffassungen zu erkennen. Auf dieser Basis aber läßt sich die angestrebte Stabilisierung des internationalen Währungssystems nicht herbeiführen. Sie ist, wie die Erfahrungen auch mit dem Europäischen Währungssystem zeigen, nur als Folge oder allenfalls im Zusammenhang mit einer Harmonisierung der wirtschaftspolitischen Ziele und Mittel erreichbar.

wt

EG

Britische Rechnung

Worüber schon lange gemunkelt wurde, woran jedoch niemand recht glauben mochte, ist schließlich doch eingetreten: Die EG-Agrarpreise wurden durch einen Mehrheitsbeschluß des Agrarministerrats unter Mißachtung des britischen Vetos angehoben. Seit Charles de Gaulle 1966 mit seiner Politik des leeren Stuhls den sogenannten Luxemburger Kompromiß erzwang, der in jeder Frage, in der ein Mitgliedsland vitale nationale Interessen geltend macht, einstimmige Entscheidungen verlangt, hatte es eine solche Situation nicht gegeben. Der Luxemburger Kompromiß galt seitdem – obwohl rechtlich nicht verankert – als wesentlicher Bestandteil der EG-Zusammenarbeit.

Das – bisher einmalige – Abrücken von dieser Verhandlungsgrundlage wurde notwendig, weil „vitale Interessen der Gemeinschaft“ auf dem Spiel zu stehen schienen. Die britische Regierung hatte angedroht, die Agrarpreiserhöhungen so lange zu blockieren, bis eine für sie befriedigende Regelung ihrer Zahlungen an den EG-Haushalt getroffen sei – ein schon 1980 mit Erfolg praktiziertes Verfahren. Der Luxemburger Kompromiß schien den Briten ein Mittel zur Durchsetzung von Maximalforderungen an die Hand zu geben: Kompromißbereitschaft braucht nicht gezeigt zu werden, wenn es nur abzuwarten gilt, bis die übrigen Mitgliedstaaten dem po-

litischen Druck ihrer Agrarlobbies nicht mehr standhalten können.

Diese Rechnung ist nicht aufgegangen, und das ist gut so, wenn der Idee der Europäischen Integration überhaupt noch eine Bedeutung zukommen soll. Die zahlreichen ungelösten Probleme der Gemeinschaft – darunter nicht zuletzt das der britischen Beitragszahlungen an den EG-Haushalt – werden nur zu bewältigen sein, wenn die Mitgliedsregierungen konstruktiver und kompromißbereiter zusammenarbeiten als bisher. nt

Handelsliberalisierung

Japanische Aktivitäten

Die japanische Regierung hat ein weiteres Programm zur Einfuhrliberalisierung angekündigt, nachdem bereits im Januar Zollsenkungen und der Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse beschlossen worden waren. Dieses Mal sollen vor allem Zölle für Industriegüter ermäßigt oder ganz aufgehoben werden. Außerdem verpflichtet sich Japan, das komplizierte Vertriebs- und Absatzsystem des Landes zu vereinfachen, ohne allerdings konkrete Vorschläge zu unterbreiten.

Den Hintergrund der japanischen Aktivitäten bilden die hohen Überschüsse Japans im Handel mit den USA und der EG, die im Jahre 1981 auf mehr als 50 Mrd. DM angewachsen sind und sich auch im laufenden Jahr kaum zurückgebildet haben. Die Handelspartner drohen daher verstärkt mit Restriktionsmaßnahmen. So sind in beiden Häusern des amerikanischen Kongresses insgesamt bereits zehn Gesetzentwürfe vorgelegt worden, die etwa durch „local content“-Vorschriften eine „faire Behandlung“ der USA im internationalen Handel gewährleisten sollen und sich hauptsächlich gegen Japan richten. Dies hat zusammen mit den zahllosen „Warnungen“ der EG an die Adresse Japans zu einer gefährlichen Zuspitzung der handelspolitischen Auseinandersetzungen geführt.

Ein japanisches Entgegenkommen war daher dringend angezeigt. Doch werden die genannten Maßnahmen voraussichtlich nur geringe Wirkungen zeigen, auch wenn sie japanischen Berechnungen zufolge das durchschnittliche Zollniveau Japans bis 1987 auf 3 % absenken, verglichen mit 4 % für die USA und 5 % für die EG. Denn die Zölle spielen bereits heute nur noch eine untergeordnete Bedeutung. Die Beseitigung administrativer Handelshemmnisse, die einem ausgewogenen Handelsaustausch weit stärker im Wege stehen als Zollsätze, kommt aber auch mit dem neuen Liberalisierungsprogramm kaum voran. ko